

MEDIA MONITORING

The Association of Swiss Private Banks and the Association of Swiss Asset and Wealth Management Banks held a joint media event in Berne on 18th January 2018



Privatbanken lagern Stellen aus

Julius Bär, Vontobel und Co. nehmen einen neuen Anlauf, Verwaltungsfunktionen zu bündeln. Gelingt dies, sind Jobs in Gefahr.

Holger Alich

Banken gelten bei der Verschlingung ihrer Abläufe nicht als Vorbild: Sie machen noch zu viel selbst. Nun nehmen die Vermögensverwaltungsbanken wie Julius Bär, EFG oder Vontobel einen neuen Anlauf, ihre Abläufe zu industrialisieren. «Aktuell analysieren wir die Auslagerung von Teilen der Wertschöpfungskette und erarbeiten entsprechende Machbarkeitslösungen und Geschäftsmodelle», sagte Boris Collardi, Ex-Chef von Julius Bär und Noch-Präsident der Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken, bei einer gemeinsamen Medienkonferenz mit dem Schwesterverband der Schweizerischen Privatbanken. Machen die Banken damit Ernst, so dürfte dies weitere Jobs kosten. Da die Pläne noch in einem frühen Stadium sind, ist indes unklar, wie viele Arbeitsplätze bedroht sind.

Laut Collardi, der im Sommer bei Pictet als Partner anfängt, könnten Vermögensverwaltungsbanken in den Bereichen Compliance, Dokumentation, Beschaffung oder auch bei der Durchleuchtung von Neukunden enger zusammenarbeiten. Ob eine Bank solche Arbeiten selbst macht oder an einen Dienstleister auslagert, bekommen die Kunden nicht mit. Es dürfte daher keinen Einfluss darauf haben, welche Bank ein Kunde auswählt.

Ein erster Anlauf scheiterte

Die Einsicht, dass Banken viel Geld sparen können, indem sie Kostenstrukturen teilen, ist nicht neu. Es fehlt schlicht an der Umsetzung. Erst im vergangenen Jahr war hierzu ein Anlauf gescheitert. Der Dienstleister SIX Group, der 130 Banken gehört, wollte ein zentrales Backoffice für seine Aktionäre auf die Beine stel-

len. Doch im vergangenen Sommer blies die SIX die Übung ab. «Wir haben festgestellt, dass die Banken sehr unterschiedliche Prioritäten, Systeme und Timings haben, weshalb es schlicht zu schwierig war, einen gemeinsamen Nenner zu finden», hiess es zur Begründung.

Dabei zweifelt niemand am Handlungsdruck: So bemängelte Yves Mirabaud, Gesellschafter der gleichnamigen Bank und Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken, gestern erneut, wie stark die Regulierung den Privatbanken zusetzt. Sinkende Erträge und steigende Kosten haben dazu geführt, dass die Zahl der Banken in der Schweiz in den vergangenen zwanzig Jahren um fast 40 Prozent auf zuletzt 261 Institute gefallen ist.

Daher soll nun der gemeinsame Effort zur Kostensenkung in die Tat umgesetzt werden. Ziel sei, «in die Entwicklungs- und Umsetzungsphase einzutreten», versicherte Boris Collardi. Einen Zeitplan nannte er nicht. Als Partner ist erneut die SIX im Gespräch. Sie hatte jüngst den neuen Geschäftsbereich «Innovation und Digital» geschaffen, der sich Banken als Partner anbietet, um für sie gewisse Dienstleistungen zu erbringen.

Banken gegen SVP-Initiative Westeuropa als Markt zu wichtig

Am Dienstag hatte die SVP ihre sogenannte Begrenzungsinitiative lanciert. Sie verlangt die Kündigung des Abkommens der Schweiz mit der EU zur Personenfreizügigkeit und eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung. «Wir sind dagegen, das Abkommen zur Personenfreizügigkeit zu kündigen», sagt Yves Mirabaud, Präsident der Schweizerischen Privatbanken. Bei einer Kündigung drohen den Banken noch grössere Probleme beim EU-Marktzugang. Westeuropa sei immer noch der wichtigste Markt im grenzüberschreitenden Bankgeschäft. Mirabaud begrüsst dennoch die sich abzeichnende Abstimmung zur Personenfreizügigkeit. «Sie birgt die Chance einer Klärung, wie die Schweiz ihr Verhältnis zur EU gestalten soll.» (ali)



Totgesagte leben länger

Das Ende des Bankgeheimnisses stürzte Schweizer Privatbanken in eine Sinnkrise. Seit Jahren sinkt die Zahl der Geldhäuser. **Aber für einen Abgang auf das Geschäft mit den Reichen ist es noch zu früh.**

Viele Institute haben Probleme, ein profitables Geschäftsmodell zu finden.

Christian Hintermann
Bankenspezialist
bei KPMG

Michael Brächer Zürich

Als Leopold Weyer ans Mikrofon tritt, zieht er den ganzen Saal in seinen Bann: „Es ist geradezu salonfähig geworden, die Krise des Private Bankings in der Schweiz zu beschwören“, moniert der Privatbankier. „Aber ich sage Ihnen: Kein Computer kann uns Schweizer Bankiers vom alten Schrot und Korn ersetzen!“ Nach dem Vortrag irrt Weyer am Zürichsee entlang, legt seine Fliege ab und steigt ins eiskalte Wasser: Herzinfarkt.

So malt sich das Schweizer Fernsehen den Zustand des „Private Bankings“ im gleichnamigen Zweiteiler aus, der vor einigen Wochen zur besten Sendezeit ausgestrahlt wurde. Pri-

vatbanken gehören zur Schweiz wie Schoki und Emmentaler. Doch der Film zeichnet ein wenig schmeichelhaftes Bild der Branche. Ist das Private Banking tatsächlich am Ende?

Tatsächlich stehen die Institute unter massivem Druck: Der automatische Informationsaustausch (AIA) sorgt dafür, dass Kontodaten ab diesem Jahr mit ausländischen Steuerbehörden ausgetauscht werden. Das Bankgeheimnis, das den Häusern jahrzehntlang praktisch von allein neue Kunden bescherte, ist damit Geschichte. Zugleich ziehen die Aufseher die Dauenschrauben an. Und als wäre das nicht schlimm genug, wollen die Kunden nun auch noch schicke Apps, um ihr Vermögen jederzeit im Griff zu haben - das kostet. Manche Institute sind der Herausforderung nicht gewachsen. Die Zahl der Banken geht seit Jahren zurück (siehe Grafik).

Service statt Schwarzgeld

Doch Totgesagte leben länger. Wer den Untergang des Private Bankings beschwört, liegt falsch, versichert Yves Mirabaud, Teilhaber der gleichnamigen Bank und Präsident des Schweizerischen Privatbankenverbands. „Wir sind sehr gut mit dem Paradigmenwechsel der vergangenen zehn Jahre zurechtgekommen“, sagt Mirabaud dem Handelsblatt. Das endgültige Ergebnis werde man zwar erst sehen, wenn der Informationsaustausch voll-

ständig umgesetzt sei. „Aber man sieht schon heute, dass es den Schweizer Privatbanken gut geht.“ Statt mit Verschwiegenheit wollen die Institute nun mit Service punkten. Offenbar mit Erfolg: Von den insgesamt rund zehn Billionen US-Dollar an globalem Offshore-Vermögen verwaltet die Schweiz rund ein Viertel. Das ist Weltspitze.

Doch davon profitieren nicht alle Institute gleichermaßen. Das Beratungshaus KPMG nahm im vergangenen Jahr 83 schweizerische Privatbanken unter die Lupe. Im Schnitt erzielten die Institute eine Rendite aufs Eigenkapital von lediglich vier Prozent. „Natürlich gibt es in der Schweiz viele Banken, die gutes Geld verdienen“, sagt Christian Hintermann, Privatbankenspezialist von KPMG. „Aber viele Institute haben auch zehn Jahre nach der Finanzkrise noch Probleme, ein profitables Geschäftsmodell zu finden.“

Bei großen Instituten wie Vontobel, Pictet oder Julius Bär stimmt die Kasse. Aber gerade kleinere Häuser tun sich schwer. Ein Weg aus der Bredouille wären Zusammenschlüsse. Doch die sind selten. Im vergangenen Jahr zählt der Privatbankenverband gerade einmal zwei Übernahmen. Dass sich nicht mehr Institute zusammentun, sei nicht immer rational zu erklären, sagt KPMG-Berater Hinter-



mann. „Oft spielt dabei auch der Stolz eine Rolle.“ Mitunter scheiterten Fusionen daran, dass sich beide Seiten nicht auf den Namen einigen können. Dazu kommt die Sorge, etwaige Rechtsrisiken aus der Vergangenheit zu übernehmen. „Wir beobachten deshalb viele Asset Deals“, sagt Hintermann.

Dabei übernehmen die neuen Eigentümer nur die Kunden und deren Ersparnisse. Die Bank selbst bleibt bestehen und wird abgewickelt. Solche Konsolidierungen wirbeln selten Staub auf. Die betroffenen Mitarbeiter werden abgefunden, sagt Denise Chervet vom Schweizerischen Bankpersonalverband. „Die entsprechenden Abfindungen sind ein Teil der Übernahmekosten.“ Über die Bedingungen werde Stillschweigen vereinbart.

Bankier Mirabaud kann der Konsolidierung auch positive Seiten abgewinnen. So seien bislang vor allem die Dependancen ausländischer Institute von Schweizer Banken übernommen worden. „Ich glaube, dass die Konsolidierung die Schweizer Banken eigentlich gestärkt hat.“

Auch für die fiktive Privatbank Weyer gibt es ein Übernahmeangebot - doch Weyers Tochter, die die Geschäfte übernommen hat, während ihr Vater im Koma liegt, will partout nicht verkaufen. Bald stellt sie fest, dass auch ihr Haus mit „Altlasten“ zu kämpfen hat. Schlimmer noch: Ihr Vater half Kunden sogar persönlich dabei, Vermögen im Ausland zu verstecken. Auf die Serie sind Schweizer Bankiers nicht sonderlich gut zu sprechen - und auch Yves Mirabaud ist nicht gerade ein Fan: „Das war armselig, weil es nur die Vergangenheit widerspiegelt hat. Die Welt hat sich seitdem verändert.“ Schweizer Banken arbeiteten hart daran, die Auflagen der Regulierung zu erfüllen. Man sei um die Reputation bemüht. „Natür-

lich gibt es noch Arbeit, aber ich glaube, dass unsere Industrie für die schweizerische Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes sehr wichtig ist.“

Haben die Bankiers ihre Lektion also gelernt? Eine Äußerung des Verbandchefs könnte Zweifel aufkommen lassen. So echauffierte Mirabaud sich am Donnerstag über die Enthüllungen der „Paradise Papers“. Dass Vermögende auf Firmenkonstrukte zurückgriffen, um Vertraulichkeit zu wahren, dürfe nicht schlechtgemacht werden. „Es ist nicht die Aufgabe der Banken, alles als illegal zu behandeln, was von der Gesellschaft als unmoralisch angesehen wird“, sagte Mirabaud - und provozierte damit Widerspruch von Journalisten.

Auch von der Aufsicht wünschen sich die Privatbankiers eine „differenziertere Betrachtung“. Damit stimmen sie ein ähnliches Lamento an wie etwa die deutschen Sparkassen. So hätten sich die regulatorischen Ausgaben für die schweizerischen Institute mehr als verdoppelt, obwohl sie die Finanzkrise gar nicht ausgelöst haben.

Auf den Kostendruck reagieren die Institute mit Sparmaßnahmen. Und die haben Folgen. „Gerade manche kleineren Institute stehen unter großem Druck“, sagt Arbeitnehmervertreterin Chervet. So würde etwa das Offshoring, also die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, auch bei mancher Privatbank erwogen. Allerdings: „Verglichen mit den Großbanken sind die Arbeitsbedingungen im Private Banking noch immer besser.“

Yves Mirabaud bleibt optimistisch: „Natürlich gibt es Herausforderungen“, sagt der Privatbankier. Etwa die Regulierung, der Zugang zur EU oder die Digitalisierung. „Aber es braucht Herausforderungen, damit sich das Geschäft weiterentwickelt.“ Berater Hin-

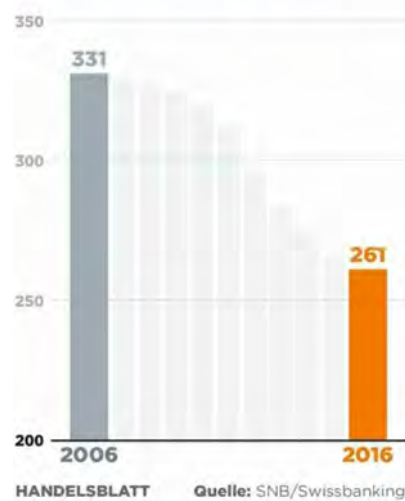
termann schätzt, dass bis 2020 rund 30 Privatbanken vom schweizerischen Markt verschwinden werden. Nach einer Epoche des Booms werde Banking wieder zu einer normalen Industrie, in der man um Marktanteile kämpfen muss. „Und wer das nicht schafft, verschwindet vom Markt.“

Auch die fiktive Privatbank Weyer steht kurz vor dem Kollaps. Doch gerade als Tochter Caroline die zwielichtigen Geschäfte ihres Vaters publik machen will, wacht der wieder aus dem Koma auf. Über den Film mag man streiten, aber einem Punkt dürften die Schweizer Bankiers zustimmen: Ein Bankier aus altem Schrot und Korn ist nicht so schnell totzukriegen.



Wir sind sehr gut mit dem **Paradigmenwechsel** der vergangenen zehn Jahre zurechtgekommen.

Yves Mirabaud
Bankier und Präsident der Privatbankenvereinigung
Starke Konsolidierung
Zahl der Banken in der Schweiz





18.01.2018 13:43:10 AWP 0732
Schweiz / 1211 (AWP)
Unternehmensrecht, Politik, Volkswirtschaft, Bank

Schweizer Privatbanken fordern weiter einen EU-Marktzugang - Regulierung lockern

(Text nach MK ausgebaut)

Bern (awp) - Für die in der Vermögensverwaltung tätigen Schweizer Banken bleibt der EU-Marktzugang ein dringendes Bedürfnis, um auch künftig im grenzüberschreitenden Geschäft konkurrenzfähig zu bleiben. Die Politik soll mit der EU, oder zumindest mit wichtigen EU-Staaten, nach Lösungen suchen, lautet die Forderung der Vereinigungen Schweizerischer Privatbanken (VSPB) und Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken (VAV). Zudem verlangen die Verbandsvertreter für kleinere und mittelgrosse Banken eine Lockerung in Regulierungsfragen.

"Die Schweiz muss in der Frage des Marktzugangs auf beiden Ebenen, sowohl mit der EU als auch bilateral mit einzelnen Ländern, nach Lösungen suchen", sagte VAV-Präsident Boris Collardi am Donnerstag an der gemeinsamen Jahresmedienkonferenz der beiden Verbände in Bern. Mit Deutschland sei dies gelungen. Dagegen gebe es mit Italien in dieser Frage noch einige wichtige offene Punkte, während mit weiteren europäischen Ländern ein Abkommen nicht in Sicht scheint. Ohne einen Marktzugang sehen sich die Privatbanken dazu gezwungen, Kunden mit Domizil in der EU von ausserhalb der Schweiz aus zu betreuen.

Als wichtigen Faktor für einen Marktzugang stuft VAV-Geschäftsführer Pascal Gentinetta die noch ausstehende Äquivalenzanerkennung der EU für Finanzmarktregeln ein. In dieser Diskussion müsse die EU ihre Verlässlichkeit als Partner beweisen, forderte Collardi. "Die Brexit-Verhandlungen dürfen nicht mehr als Vorwand dienen, um künstlich Zeit zu gewinnen."

REGULIERUNG FÜR VERMÖGENSVERWALTER LOCKERN

Yves Mirabaud, Präsident der VSPB, begrüsst derweil die von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) vorgeschlagene Lockerung des regulatorischen Korsetts für kleine und mittelgrosse Vermögensverwalter (verwaltete Vermögen von unter 20 Mrd CHF). Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit könnte aber noch konsequenter umgesetzt werden.

Das Korsett, das in erster Linie für systemrelevante Banken aufgebaut wurde, sei für kleine Institute besonders eng. Die Kosten aufgrund der verschärften Vorschriften hätten sich innert zehn Jahren mehr als verdoppelt, fügte der VSPB-Präsident an.

Von einer Lockerung sollten nicht nur kleine, sondern auch grosse Privatbanken im Rahmen eines "differenzierten Ansatzes" profitieren, fordert Mirabaud von der Finma. Vermögensverwalter wie Pictet, Lombard Odier, Julius Bär oder Vontobel würden nur geringe Risiken aufweisen.

WICHTIGE EXPORTBRANCHE

Es sei wichtig, das Private Banking in der Schweiz noch klarer als Schlüssel-Exportbranche zu positionieren, sagte Collardi weiter. Im grenzüberschreitenden Geschäft würden hierzulande rund 1'000 Mrd CHF an Vermögen von Kunden mit EU-Domizil verwaltet. Damit belege man im internationalen Vergleich - noch vor wachsenden Märkten wie Singapur oder Hongkong - einen Spitzenplatz. Zudem befassten sich rund 20'000 Personen in der Schweiz mit diesem Geschäft.



Ohne beispielsweise einen Marktzugang mit der EU sehen die Verbandsvertreter die Gefahr, dass Privatbanken vermehrt Personal in jenen Ländern beschäftigen, in welchen die Kunden wohnen. In den Jahren 2007 bis 2017 haben die VSPB-Mitglieder das Personal von 5'815 auf 8'109 Stellen aufgestockt, wobei von den zusätzlichen Stellen 1'438 im Ausland und 857 in der Schweiz geschaffen worden seien, rechnete Mirabaud vor. Dieser "Verlust" von Arbeitsplätzen bedeute auch ein Verlust an Steuereinnahmen.

"FALSCHER SKANDAL" PARADISE PAPERS

Weiter verwahrte sich Mirabaud gegen Kritik an den Schweizer Privatbanken, die im Zug der sogenannte Panama und Paradise Papers erhoben wurden. "Es ist nicht die Aufgabe der Banken, alles als illegal zu behandeln, was von der Gesellschaft als unmoralisch angesehen wird", sagte Mirabaud, der die Enthüllungen als "falscher Skandal" bezeichnete und in ihnen einen gezielten Versuch sieht, den Schweizer Finanzplatz zu schwächen.

mk/cp



Verbände dringen auf Kooperation der Schweizer Privatbanken

18-Jan-2018 12:14:33

Bern, 18. Jan (Reuters) - Die Schweizer Vermögensverwaltungsverbände dringen auf eine engere Kooperation der Privatbanken insbesondere im IT-Bereich. "Großes Potenzial zur Effizienzsteigerung der Industrie sehen wir in einer verstärkten Zusammenarbeit der Banken in nicht konkurrierenden Bereichen", sagte Boris Collardi, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken, am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Bern. Die Schweizer Börse SIX könne dabei eine zentrale Rolle spielen.

Eine stärkere Kooperation biete sich etwa in Bereichen wie Recht und Regulierung an, sowie bei der Standard-Bankendokumentation, dem Beschaffungswesen und in der Hypothekenabwicklung. Sobald mehr Klarheit herrsche, wollten die Verbände einen Technologiepartner für die Umsetzung ihrer Pläne finden. Grundsätzlich kämen dafür auch die großen Wirtschaftsprüfungskanzleien infrage, die solche Dienstleistungen anbieten. Diverse Banken haben Dienstleistungen bereits ausgelagert, etwa an Firmen wie Avaloq und SwisscomSCMN.S.

Vor allem bei kleinen Banken sei der Leidensdruck groß, sagte Collardi. Sie hätten besonders mit steigenden Kosten durch zunehmende Regulierung zu kämpfen. Doch auch größere Vermögensverwalter seien für eine Kooperation offen. Die beiden Verbände VAV und VSPB repräsentieren 37 Finanzinstitute mit einem verwalteten Vermögen von 1800 Milliarden Franken. In den vergangenen gut 20 Jahren ist die Zahl der Privatbanken in der Schweiz auf zuletzt 261 von über 400 geschrumpft. "Der Großteil der Konsolidierung ist hinter uns", sagte Collardi.



Perspectives

L'économie appelle la diplomatie au secours

Les banques, et les autres entreprises exportatrices, demandent des efforts accrus en politique extérieure

Philippe Rodrik

Coïncidence dans les agendas de trois lobbies. Jeudi matin, l'Association de banques privées suisses (ABPS), l'Association de banques suisses de gestion (ABG) et la Fédération des entreprises suisses (EconomieSuisse) rencontrent toutes les trois les représentants de la presse à Berne. À cette fin, les deux premières organisations choisissent l'Hôtel Bellevue, palace très proche du Palais fédéral. La troisième reçoit les journalistes dans une brasserie populaire: Zunfrestaurant Schmiedstube. En dépit de la diversité des lieux, ces trois lobbies manifestent des attentes très proches: des efforts accrus des autorités fédérales en matière de politique économique extérieure.

Ces messages convergents s'adressent en fait avant tout aux diplomates de la Confédération. «Nos négociateurs devraient essayer de profiter de l'adoption de standards internationaux par notre place financière pour en retirer des avantages. Par exemple en obtenant l'accès au marché, condition sine qua non de notre capacité d'exportation et de notre compétitivité», rappelle Yves

Mirabaud, président de l'ABPS et associé gérant senior de Mirabaud & Cie SA.

Président d'EconomieSuisse, Heinz Karrer s'exprime dans le

même sens: «De grosses incertitudes pèsent actuellement sur le commerce extérieur suisse. Pour servir les intérêts de son économie, la Confédération doit s'engager de façon plus conséquente au sein des organisations internationales.» Vu le climat actuel des relations entre Berne et Bruxelles, les préoccupations formulées au cours des conférences presse s'avèrent en fait très souvent liées à l'Europe des 28, mais bientôt 27.

«L'Union européenne, le principal partenaire économique de la Suisse, se trouve en pleine mutation. La sortie du Royaume-Uni, un des plus importants États membres, pourrait conduire à une intégration accrue des pays restant fidèles à l'Union et, de ce fait, renforcer l'exclusion des États non-membres. Il est dès lors déterminant que le développement de la voie bilatérale, couronnée de succès jusque-là entre Berne et Bruxelles, puisse être assuré», prévient Heinz Karrer.

De leur côté, les banques continuent de revendiquer l'accès au marché unique, afin de pouvoir démarcher, servir et conseiller les clients européens depuis la Suisse. Président de l'ABG, Boris Collardi rappelle que cet objectif nécessite de garder des relations stables avec l'Union européenne: «Une course en solitaire ne saurait être une option pour la Suisse. Mais l'Union européenne doit elle-même enfin prouver, maintenant, qu'elle est un partenaire fiable. Il n'est pas admissible que les négociations en cours sur le Brexit servent de prétexte pour attendre.»

Deux francs sur cinq

Globalement, les messages des trois associations mettent en évidence les soucis et la vocation exportatrice d'une majorité d'entreprises suisses. Plus de 24 000 sociétés actives en Suisse exportent régulièrement des biens ou des services. Plus de 90% d'entre elles appartiennent à la catégorie des PME. Ces entreprises emploient moins de 250 collaborateurs et assurent deux tiers des postes de travail dans le pays.

«L'économie helvétique gagne deux francs sur cinq à l'étranger», relève Heinz Karrer. Les banques privées et de gestion ne sont d'ailleurs pas moins vouées à l'exportation de savoir-faire. «Avec 25% de part de marché dans la gestion de fortune transfrontalière (offshore) globale, s'élevant en tout à 10 000 milliards de dollars, la Suisse reste le leader mondial de la discipline. La masse sous gestion sur notre place financière atteint environ le double de celle dont on prend soin au Royaume-Uni ou à Singapour et le triple de celle gérée à Hongkong», se félicite Boris Collardi.

Événement à Lugano

Ces performances ne peuvent toutefois persister que si la compétitivité des banques suisses n'est pas mise à mal. En ce sens, Yves Mirabaud craint notamment des conditions d'accès aux marchés concurrents peu équitables et une surréglementation en Suisse, sans distinction suffisante entre les petites ou moyennes banques et leurs consœurs de dimension systémique.

Dans ce contexte, les propensions au protectionnisme susci-



tent aussi des inquiétudes. À ce sujet, Heinz Karrer évoque certes d'éventuelles intentions états-uniennes, mais aussi quelques initiatives populaires de l'UDC (Union démocratique du centre). À commencer par la dernière, intitulée «Pour une immigration modérée» et visant à anéantir l'accord bilatéral sur la libre cir-

culatation des personnes entre la Confédération et l'Union européenne.

Les enjeux prennent une telle ampleur que l'ABG et l'ABPS organisent, le 24 mai à Lugano, une journée du private banking en présence du chef du Département fédéral des affaires étrangères, Ignazio Cassis.



«Que veut la Suisse? Retourner à Heidiland?»

PROPOS RECUEILLIS PAR
MATHILDE FARINE, BERNE
@MathildeFarine

PLACE FINANCIÈRE Le lobby des banques de gestion de fortune tenait sa conférence de presse annuelle jeudi. L'un de ses représentants, Yves Mirabaud, détaille les priorités du secteur. Il veut une réglementation adaptée à la taille et au modèle d'affaires des établissements

Face à un «foisonnement réglementaire», les banques de gestion demandent une adaptation. S'exprimant en tant que président de l'Association de banques privées suisses (ABSP), Yves Mirabaud, associé de la banque Mirabaud, s'explique. Le banquier genevois a répondu aux questions du *Temps* en marge de la conférence de presse annuelle qu'a tenue l'association, conjointement avec l'Association suisse des banques de gestion, jeudi matin à Berne, pour mettre en avant les priorités du secteur financier.

Vous demandez une réglementation différenciée pour les banques, qu'est-ce que cela signifie concrètement? L'accroissement de la réglementation ces dernières années – et pas seulement en Suisse mais aussi à l'international – a répondu aux risques que posent les banques systémiques. Or, elle est appliquée à toutes les banques, quelle que soit leur taille. Nous pensons que cela devrait évoluer. Les établissements qui montrent un profil de risque et un modèle d'affaires différent des banques systémiques devraient avoir une réglementation appropriée. La Finma semble accepter ce point de vue et a apporté ou envisagé des allègements, ce que l'on salue.

Les banques systémiques se sont pourtant vues imposer des réglementations spécifiques dont les autres sont dispensées... C'est vrai pour les exigences en fonds propres, mais cela n'empêche pas que,

dans certains domaines, les règles sont les mêmes. Prenez le reporting, les exigences sont semblables, alors que cela coûte cher et que ce n'est pas utile pour assurer une plus grande solidité des banques que nous représentons. Un exemple? Il faut faire des rapports sur les activités de crédit même si les établissements n'en font pas ou très peu. Nous ne



YVES MIRABAUD
PRÉSIDENT DE L'ASSOCIATION
DE BANQUES PRIVÉES SUISSES

«Les banques ont fait des efforts énormes pour s'améliorer. Malgré cela, l'image du secteur reste parfois négative, c'est frustrant»

INTERVIEW

disons pas que nous ne voulons pas de réglementation, nous souhaitons seulement qu'elle soit adaptée.

L'accès au marché européen pour les banques est-il toujours une priorité? Est-ce que la nouvelle initiative de l'UDC contre la libre circulation ne va pas le rendre encore plus difficile à obtenir? On peut reconnaître un mérite aux derniers événements, comme cette initiative: ils vont clarifier le débat. Il existe aujourd'hui une incertitude sur la relation que nous souhaitons avec l'Union européenne. Que

veut le peuple suisse? Continuer dans la voie bilatérale, la renforcer? Et, ainsi, aller dans la direction d'une économie en croissance? Car ces accords ont montré qu'ils ont permis à la Suisse de prospérer. Ou est-ce qu'il veut se séparer, abandonner les accords bilatéraux et revenir au temps de «Heidiland», ce qui signifie une décroissance? Nous allons militer pour la poursuite des bilatérales.

Vous dites vouloir «voir cesser les injustes critiques auxquelles les banques sont soumises et les attaques contre leurs clients qui utilisent des constructions juridiques, par ailleurs tout à fait légales». A quoi faites-vous référence? C'était provocateur. Ce que je voulais dire, c'est que les banques ont fait des efforts énormes pour améliorer leur modèle, connaître leurs clients... Malgré cela, l'image du secteur reste parfois négative, c'est frustrant. En outre, il est facile de déterminer ce qui est légal. Mais comment fait-on pour décider que quelque chose est moral ou non? Les standards varient déjà d'un individu à l'autre. Surtout si on estime que quelque chose est amoral, ce n'est pas aux banques d'agir, c'est au législateur de prendre des mesures. Je ne veux pas donner l'impression que le secteur cherche à être amoral, évidemment que non. Mais tout ceci est difficile à évaluer.

L'éthique, la morale, n'ont pas leur place dans la finance? Bien sûr que si! Les banques sont même pionnières dans la finance durable et éthique, par exemple. Mais qualifier ce qui est moral ou amoral, c'est autre chose. Un client installé en France qui déménage au Portugal pour payer moins d'impôts, c'est amoral? Que doit faire la banque? ■



18.01.2018 10:00:00 AWP 0391
Suisse / 1211 (AWP)
Banque, Contentieux

Les banques privées suisses veulent aussi profiter d'allègements réglementaires

Berne (awp) - Les banques privées suisses demandent au régulateur de leur permettre, au même titre que les établissements de petite taille, de se soustraire à certaines obligations. Le gendarme financier ne devrait pas octroyer des allègements suivant uniquement des critères de taille, mais également de risque, ont plaidé jeudi les faïtières des banques actives dans la gestion de fortune.

En décembre dernier, l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (Finma) a fait différentes propositions afin de desserrer le corset réglementaire pour les petites banques, respectivement celles de catégorie 4 et 5. Ces mesures concerneraient notamment les établissements disposant de moins de 20 mrd d'actifs sous gestion.

Ce principe de proportionnalité n'est promis pour l'instant qu'aux acteurs les plus modestes, a rappelé en conférence de presse Yves Mirabaud, président de l'Association des banques privées suisses (ABPS). "Cette avancée permettrait pourtant à certains établissements de catégorie 3, comme Pictet, Lombard Odier, Julius Baer ou Vontobel, qui présentent peu de risques, de profiter aussi de certains allègements."

Pour M. Mirabaud, le gendarme financier va dans le bon sens mais "s'arrête aujourd'hui à mi-chemin". Le banquier genevois appelle de ses vœux une réglementation mieux différenciée, tenant compte de la réalité des activités des banques.

Parmi les mesures suggérées par l'ABPS figure la suppression des test de résistance ("stress tests") lorsque les indicateurs de liquidités ou de fonds propres sont suffisants.

Les banques privées souhaitent également que les rapports sur les taux d'intérêts, de défaut de contrepartie ou d'opérations sur titres soient simplifiés, mais aussi une meilleure coordination entre les exigences de la Finma et de la Banque nationale suisse (BNS).

D'une manière plus globale, Yves Mirabaud a exhorté la Finma à appliquer une réglementation efficace et proportionnée, afin de soutenir la compétitivité d'un secteur confronté à une forte concurrence internationale. Une réglementation excessive et la consolidation sont intimement liés, selon le banquier, qui déplore un effacement graduel de la diversité de la place financière suisse.

MARCHÉS EXTÉRIEURS

Au nom de l'Association suisse des banques de gestion (ABG), Boris Collardi a plaidé pour un agenda de réformes qui tienne compte du caractère d'exportation des activités de banque privée. Un accent particulier est mis sur l'accès aux marchés de l'Union européenne et des régions à forte croissance.

"Sur la question des équivalences, l'UE doit maintenant prouver qu'elle est un partenaire fiable et les négociations sur le Brexit ne peuvent plus constituer une excuse pour temporiser artificiellement", a insisté le président de la faïtière.

M. Collardi a regretté le manque d'une véritable filière helvétique de formation dans le domaine financier et a désigné le Swiss Finance Institute comme l'acteur idéal pour cette tâche. Le banquier s'est dit également favorable



à une meilleure collaboration entre les établissements dans des domaines non concurrentiels comme le compliance.

Les deux associations ont également évoqué les récentes informations révélées dans le cadre des Paradise Papers, basée sur des millions de documents confidentiels ayant fuité et détaillant le fonctionnement des sociétés offshore. M. Mirabaud a souligné que ces structures permettent de "satisfaire un légitime besoin de confidentialité, que ce soit pour des raisons familiales ou commerciales".

"Les grands médias internationaux, qui confondent moralité et légalité, font hélas fi de cette réalité", s'est emporté le banquier.

fr/al



La place financière veut un allègement réglementaire

Les banques privées et de gestion suisses espèrent une réglementation différenciée afin de préserver leur compétitivité.

Des conditions-cadres compétitives devant leur permettre de rivaliser à l'international, les banques privées et de gestion suisses espèrent la mise en oeuvre d'une réglementation différenciée selon les modèles d'affaires et les risques réels qu'elles représentent.

Dix ans après la crise financière de 2008 et le durcissement qui a suivi, «les places financières se retrouvent avec un foisonnement réglementaire», a souligné jeudi Yves Mirabaud, président de l'Association de banques privées suisses (ABPS), devant les médias à Berne.

Les banques privées suisses «ressentent durement l'application accrue de standards internationaux initialement destinés à réglementer les banques systémiques». Les gestionnaires de fortune de petite et moyenne taille doivent ainsi «trouver de nouvelles voies» pour «préserver leur compétitivité et leur dynamisme», résume l'associé gérant senior de la banque Mirabaud. En décembre dernier, l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (FINMA) a toutefois formulé plusieurs propositions pour desserrer l'étouffement autour des petites

banques, notamment celles ayant moins de 20 milliards de francs d'actifs sous gestion.

S'il salue cette avancée, Yves Mirabaud a estimé que le gendarme financier «s'arrête à mi-chemin». Une meilleure utilisation de sa marge de manoeuvre permettrait ainsi aussi à certains établissements présentant peu de risques de profiter de certains allègements. Le banquier genevois a notamment suggéré de supprimer les tests de résistance lorsque les mesures de liquidités ou de fonds propres sont suffisantes, ou de mieux coordonner les exigences de la FINMA et de la Banque nationale suisse (BNS).

Accès au marché européen

Si la Suisse reste le leader mondial de la gestion de fortune internationale, «cette position dominante n'est pas gravée dans le marbre», a averti le président de l'ABG Boris Collardi. Ce dernier a ainsi plaidé pour des réformes tenant mieux compte du caractère d'exportation du secteur et permettant de conseiller activement la clientèle étrangère sur place depuis la Suisse.

L'ancien directeur général de Julius Baer, qui prendra la tête de l'établissement genevois Pictet dès la mi-2018, a notamment demandé la signature d'accords bilatéraux avec les pays les plus importants de l'Union européenne. S'arrêtant aussi sur la question des équivalences réglementaires, Boris Collardi a relevé que l'UE «doit maintenant enfin prouver qu'elle est un partenaire fiable», estimant que la législation helvétique est désormais équivalente aux directives européennes dans nombre de domaines. — (ats)

La place financière veut moins de réglementation

Suisse La FINMA a déjà formulé plusieurs propositions pour desserrer l'étouffement autour des petites banques.

Les banques privées et de gestion suisses espèrent la mise en oeuvre d'une réglementation différenciée selon les modèles d'affaires et les risques réels qu'elles représentent. Des conditions-cadres compétitives doivent leur permettre de rivaliser à l'international, arguent-elles.

Dix ans après la crise financière de 2008 et le durcissement qui a suivi, «les places financières se retrouvent avec un foisonnement réglementaire», a souligné jeudi Yves Mirabaud, président de l'Association de banques privées suisses (ABPS), devant les médias à Berne. Les coûts ad hoc ont «plus que doublé».

Les banques privées suisses «ressentent durement l'application accrue de standards internationaux initialement destinés à réglementer les banques systémiques». Les gestionnaires de fortune de petite et moyenne taille doivent ainsi «trouver de nouvelles voies» pour «préserver leur compétitivité et leur dynamisme», résume l'associé gérant senior de la banque Mirabaud.

La FINMA «s'arrête à mi-chemin»

En décembre dernier, l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (FINMA) a toutefois formulé plusieurs propositions pour desserrer l'étouffement autour des petites banques, notamment celles ayant moins de 20 milliards de francs d'actifs sous gestion.

S'il salue cette avancée, Yves Mirabaud a estimé que le gendarme financier «s'arrête à mi-chemin». Une meilleure utilisation de sa marge de manoeuvre permettrait ainsi aussi à certains établissements présentant peu de risques de profiter de certains allègements.

Le banquier genevois a notamment suggéré de supprimer les tests de résistance lorsque les mesures de liquidités ou de fonds propres sont suffisantes, ou de mieux coordonner les exigences de la FINMA et de la Banque nationale suisse (BNS).

M. Mirabaud a rappelé que les établissements actifs dans la gestion de fortune représentent «un secteur d'exportation majeur». Au total, l'ABPS et l'Association de banques suisses de gestion (ABG) représentent 37 banques et emploient environ 25'000 collaborateurs dans le monde, dont 15'800 en Suisse. Leur masse sous gestion atteint quelque 1800 milliards de francs.

Accès au marché européen

Si la Suisse reste le leader mondial de la gestion de fortune internationale, «cette position dominante n'est pas gravée dans le marbre», a averti le président de l'ABG Boris Collardi. Ce dernier a ainsi plaidé pour des réformes tenant mieux compte du caractère d'exportation du secteur et permettant de conseiller activement la clientèle étrangère sur place depuis la Suisse.

L'ancien directeur général de Julius Baer, qui prendra la tête de l'établissement genevois Pictet dès la mi-2018, a notamment demandé la signature d'accords bilatéraux avec les pays les plus importants de l'Union européenne (UE). «L'Europe occidentale reste notre principal marché d'exportation», a-t-il rappelé.

S'arrêtant aussi sur la question des équivalences réglementaires, Boris Collardi a relevé que l'UE «doit maintenant enfin prouver qu'elle est un partenaire fiable», estimant que la législation helvétique est désormais équivalente aux directives européennes dans nombre de domaines. Il a ajouté que «les négociations parallèles sur le Brexit ne doivent plus lui servir d'excuse pour retarder artificiellement ces efforts».

«Scandales en papier mâché»

Boris Collardi a également appelé à une meilleure collaboration entre les établissements dans des domaines non concurrentiels, tels que les activités de mise en conformité (compliance). Un regroupement permettrait aussi d'exploiter les potentiels de la numérisation.

Au-delà des aspects réglementaires et des conditions-cadres, la promotion de l'image et de la bonne réputation du secteur mérite d'être soignée, a encore noté M. Collardi. Yves Mirabaud s'est d'ailleurs plaint des «injustes critiques pour mauvaise conduite» que subissent les banques, alors qu'elles appliquent les normes en vigueur.

Evoquant les Panama et les Paradise Papers, le président de l'ABPS a parlé de «scandales en papier mâché». Pour mémoire, ces affaires sont basées sur la fuite de millions de documents confidentiels, qui détaillent le fonctionnement des sociétés offshore.

Les structures juridiques utilisées par les clients «sont dans l'écrasante majorité des cas légales et permettent de satisfaire un légitime besoin de confidentialité, que ce soit pour des raisons familiales ou commerciales». «Si le législateur pense que certaines activités amORAles sont considérées comme illégales, c'est à lui de faire quelque chose», a-t-il néanmoins précisé. (ats/nxp)



Les banques privées demandent des réformes

Les banques privées suisses ont défini plusieurs pistes pour doper leur compétitivité. Elles souhaitent notamment bénéficier d'une réglementation différenciée.

Cela permettrait aux établissements qui présentent peu de risques de disposer de certains allègements en matière de réglementation bancaire, a souligné jeudi Yves Mirabaud, président de l'Association de banques privées suisses (ABPS), devant la presse à Berne.

Selon lui, les petites et moyennes banques souffrent durement de l'application accrue de standards internationaux, prévus à l'origine pour les banques systémiques.

Egalement présente lors de cette réunion avec la presse, l'Association de banques suisses de gestion (ABG) a plaidé pour des réformes qui tiennent mieux compte du caractère d'exportation de la gestion de fortune privée. La signature d'accords bilatéraux avec les pays les plus importants de l'Union européenne (UE) a notamment été demandée par Boris Collardi, le président de l'ABG.

L'économie appelle la diplomatie au secours

Perspectives Les banques, et les autres entreprises exportatrices, demandent des efforts accrus en politique extérieure.

Coïncidence dans les agendas de trois lobbies. Jeudi matin, l'Association de banques privées suisses (ABPS), l'Association de banques suisses de gestion (ABG) et la Fédération des entreprises suisses (EconomieSuisse) rencontrent toutes les trois les représentants de la presse à Berne. À cette fin, les deux premières organisations choisissent l'Hôtel Bellevue, palace très proche du Palais fédéral. La troisième reçoit les journalistes dans une brasserie populaire: Zunftrestaurant Schmiedstube. En dépit de la diversité des lieux, ces trois lobbies manifestent des attentes très proches: des efforts accrus des autorités fédérales en matière de politique économique extérieure.

Ces messages convergents s'adressent en fait avant tout aux diplomates de la Confédération. «Nos négociateurs devraient essayer de profiter de l'adoption de standards internationaux par notre place financière pour en retirer des avantages. Par exemple en obtenant l'accès au marché, condition sine qua non de notre capacité d'exportation et de notre compétitivité», rappelle Yves Mirabaud, président de l'ABPS et associé gérant senior de Mirabaud & Cie SA.

Président d'EconomieSuisse, Heinz Karrer s'exprime dans le même sens: «De grosses incertitudes pèsent actuellement sur le commerce extérieur suisse. Pour servir les intérêts de son économie, la Confédération doit s'engager de façon plus conséquente au sein des

organisations internationales.» Vu le climat actuel des relations entre Berne et Bruxelles, les préoccupations formulées au cours des conférences presse s'avèrent en fait très souvent liées à l'Europe des 28, mais bientôt 27.

«L'Union européenne, le principal partenaire économique de la Suisse, se trouve en pleine mutation. La sortie du Royaume-Uni, un des plus importants États membres, pourrait conduire à une intégration accrue des pays restant fidèles à l'Union et, de ce fait, renforcer l'exclusion des États non-membres. Il est dès lors déterminant que le développement de la voie bilatérale, couronnée de succès jusque-là entre Berne et Bruxelles, puisse être assuré», prévient Heinz Karrer.

De leur côté, les banques continuent de revendiquer l'accès au marché unique, afin de pouvoir démarcher, servir et conseiller les clients européens depuis la Suisse. Président de l'ABG, Boris Collardi rappelle que cet objectif nécessite de garder des relations stables avec l'Union européenne: «Une course en solitaire ne saurait être une option pour la Suisse. Mais l'Union européenne doit elle-même enfin prouver, maintenant, qu'elle est un partenaire fiable. Il n'est pas admissible que les négociations en cours sur le Brexit servent de prétexte pour attendre.»

Deux francs sur cinq

Globalement, les messages des trois associations mettent en évidence les soucis et la vocation exportatrice d'une majorité d'entreprises suisses. Plus de 24 000 sociétés actives en Suisse exportent régulièrement des biens ou des services. Plus de 90% d'entre elles appartiennent à la catégorie des PME. Ces entreprises emploient moins de 250 collaborateurs et assurent deux tiers des postes de travail dans le pays. «L'économie helvétique gagne deux francs sur cinq à l'étranger», relève Heinz Karrer. Les

banques privées et de gestion ne sont d'ailleurs pas moins vouées à l'exportation de savoir-faire. «Avec 25% de part de marché dans la gestion de fortune transfrontalière (offshore) globale, s'élevant en tout à 10 000 milliards de dollars, la Suisse reste le leader mondial de la discipline. La masse sous gestion sur notre place financière atteint environ le double de celle dont on prend soin au Royaume-Uni ou à Singapour et le triple de celle gérée à Hongkong», se félicite Boris Collardi.

Événement à Lugano

Ces performances ne peuvent toutefois persister que si la compétitivité des banques suisses n'est pas mise à mal. En ce sens, Yves Mirabaud craint notamment des conditions d'accès aux marchés concurrents peu équitables et une surréglementation en Suisse, sans distinction suffisante entre les petites ou moyennes banques et leurs consœurs de dimension systémique.

Dans ce contexte, les propensions au protectionnisme suscitent aussi des inquiétudes. À ce sujet, Heinz Karrer évoque certes d'éventuelles intentions états-uniennes, mais aussi quelques initiatives populaires de l'UDC (Union démocratique du centre). À commencer par la dernière, intitulée «Pour une immigration modérée» et visant à anéantir l'accord bilatéral sur la libre circulation des personnes entre la Confédération et l'Union européenne.

Les enjeux prennent une telle ampleur que l'ABG et l'ABPS organisent, le 24 mai à Lugano, une journée du private banking en présence du chef du Département fédéral des affaires étrangères, Ignazio Cassis. (24 heures)

LE BANCHE PRIVATE CHIEDONO MENO REGOLE

La Finma dovrebbe tenere conto delle specificità dei piccoli istituti finanziari. È quanto auspicano le associazioni di categoria

Le associazioni delle banche private svizzere chiedono che le autorità di sorveglianza tengano conto delle specificità degli istituti finanziari nell'applicazione della nuova regolamentazione. Il direttore dell'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (Finma) Mark Branson aveva annunciato negli scorsi mesi che la sua istituzione sta valutando un allentamento della regolamentazione per le piccole banche. L'Associazione delle banche private svizzere (Abps) e l'Associazione di banche svizzere di gestione patrimoniale ed istituzionale (Abg) se ne rallegrano, ma chiedono che l'autorità sgravi anche istituti più grandi. "La Finma potrebbe attuare in diversi settori una regolamentazione più differenziata tenendo conto dei modelli d'affari delle banche e dei rischi reali che rappresentano", ha dichiarato (stando al testo scritto) il presidente dell'Abps Yves Mirabaud in occasione della conferenza stampa annuale delle due associazioni oggi a Berna. Quali esempi di istituti che dovrebbero beneficiare degli allentamenti, Mirabaud ha citato le grandi banche private Pictet, Lombard Odier, Julius Bär e Vontobel.

'Panama Papers' un falso scandalo

Mirabaud ha quindi respinto le critiche nei confronti degli istituti privati svizzeri emerse in seguito alla pubblicazione dei cosiddetti "Panama Papers" e "Paradise Papers". "Non è compito delle banche di trattare come illegale tutto ciò che la società considera immorale", ha sostenuto. Il direttore dell'Abps ha definito le rivelazioni "un falso scandalo" che avevano l'obiettivo di indebolire la piazza finanziaria elvetica. Le associazioni hanno pure chiesto che la politica compia maggiori sforzi per un migliore accesso delle banche svizzere al mercato interno dell'Unione europea. Il presidente dell'Abg Boris Collardi ha definito (sempre in base al testo scritto) il pacchetto di richieste un'agenda delle riforme. La politica svizzera deve concludere accordi bilaterali con i principali paesi membri dell'UE, assicurare il riconoscimento della regolamentazione elvetica da parte dell'UE e portare avanti un accordo sui servizi finanziari. Abps e Abg hanno anche una richiesta concreta a Bruxelles: "per ciò che riguarda l'equivalenza delle norme l'Ue deve ora provare di essere un partner affidabile. I negoziati sulla Brexit non devono più servire come scusa per guadagnare artificialmente tempo", ha detto Collardi. Complessivamente le due associazioni rappresentano 37 banche con all'incirca 25mila collaboratori nel mondo, di cui 15'800 in Svizzera. I patrimoni gestiti ammontano a 1'800 miliardi di franchi circa.



Le banche private chiedono regolamentazioni ad hoc

Chiesti alla politica sforzi per migliorare l'accesso delle banche svizzere al mercato interno dell'Unione europea

Le associazioni delle banche private svizzere chiedono che le autorità di sorveglianza tengano conto delle specificità degli istituti finanziari nell'applicazione della nuova regolamentazione.

Il direttore dell'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (FINMA) Mark Branson aveva annunciato negli scorsi mesi che la sua istituzione sta valutando un allentamento della regolamentazione per le piccole banche.

L'Associazione delle banche private svizzere (ABPS) e l'Associazione di banche svizzere di gestione patrimoniale ed istituzionale (ABG) se ne rallegrano, ma chiedono che l'autorità sgravi anche istituti più grandi.

«La FINMA potrebbe attuare in diversi settori una regolamentazione più differenziata tenendo conto dei modelli d'affari delle banche e dei rischi reali che rappresentano», ha dichiarato (stando al testo scritto) il presidente dell'ABPS Yves Mirabaud in occasione della conferenza stampa annuale delle due associazioni oggi a Berna. Quali esempi di istituti che dovrebbero beneficiare degli allentamenti, Mirabaud ha citato le grandi banche private Pictet, Lombard Odier, Julius Bär e Vontobel.

Mirabaud ha quindi respinto le critiche nei confronti degli istituti privati svizzeri emerse in seguito alla pubblicazione dei cosiddetti "Panama Papers" e "Paradise Papers". «Non è compito delle banche di trattare come illegale tutto ciò che la società considera immorale», ha sostenuto. Il direttore dell'ABPS ha definito le rivelazioni «un falso scandalo» che avevano l'obiettivo di indebolire la piazza finanziaria elvetica.

Le associazioni hanno pure chiesto che la politica compia maggiori sforzi per un migliore accesso delle banche svizzere al mercato interno dell'Unione europea. Il presidente dell'ABG Boris Collardi ha definito (sempre in base al testo scritto) il pacchetto di richieste un'agenda delle riforme. La politica svizzera deve concludere accordi bilaterali con i principali paesi membri dell'UE, assicurare il riconoscimento della regolamentazione elvetica da parte dell'UE e portare avanti un accordo sui servizi finanziari.

ABPS e ABG hanno anche una richiesta concreta a Bruxelles: «per ciò che riguarda l'equivalenza delle norme l'UE deve ora provare di essere un partner affidabile. I negoziati sulla Brexit non devono più servire come scusa per guadagnare artificialmente tempo», ha detto Collardi.

Complessivamente le due associazioni rappresentano 37 banche con all'incirca 25'000 collaboratori nel mondo, di cui 15'800 in Svizzera. I patrimoni gestiti ammontano a 1'800 miliardi di franchi circa.



Deutliche Worte von Collardi und Mirabaud

Yves Mirabaud, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken (VSPB) und Boris Collardi, seines Zeichens Präsident der Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken (VAV) haben an ihrer gemeinsamen Medienkonferenz die Notwendigkeit einer differenzierten Regulierung und der Sicherung des Marktzugangs betont.

vor -1491 Minute

Boris Collardi, dessen Wechsel von Julius Bär zu Pictet vor Jahresfrist Aufsehen erregte, unterstrich einmal mehr die Bedeutung und das Gewicht der Vermögensverwaltung für den gesamten Finanzplatz Schweiz. Das Private Banking generiere über 50 Prozent aller Erträge des hiesigen Bankensektors. Damit ist es die tragende Säule des Finanzplatzes. Er nutzte aber auch die Gelegenheit, um «mit überholten Vorurteilen gegenüber dem Private Banking aufzuräumen und Alptrauenszenarien über den Zustand der Branche richtigzustellen».

Collardi wies auf die Wichtigkeit des grenzüberschreitenden Geschäfts hin, das rund zwei Drittel zum generierten Bruttoertrag beisteuere. «Es ist wichtig, das Private Banking in der Schweiz noch klarer als Schlüssel-Exportbranche unseres Landes zu positionieren», betonte Collardi. Er erinnerte daran, dass die Schweiz rund 25 Prozent des weltweiten grenzüberschreitenden Vermögens von 10 000 Milliarden US-Dollar verwaltet und damit noch an der globalen Spitze liegt. Gleichzeitig warnte er, diese Spitzenposition sei keineswegs in Stein gemeißelt, und einige konkurrierende Finanzplätze, insbesondere in Asien, würden schneller wachsen. «Damit Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Steuererträge möglichst hierzulande erhalten bleiben, ist es unabdingbar, dass wir unsere Dienstleistungen von der Schweiz aus in strategisch relevante Länder und Regionen aktiv exportieren können.» Collardi hob Westeuropa mit einem Anteil von 40 Prozent am grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft als wichtigsten Exportmarkt für das Schweizer Private Banking hervor. Allein mit der Verwaltung der fast 1000 Milliarden Schweizer Franken von Kunden mit EU-Domizil würden sich in der Schweiz rund 20 000 Personen befassen, und die Schweiz könne dadurch Steuereinnahmen von jährlich rund 1,5 Milliarden Schweizer Franken verbuchen. Damit dies so bleibe, sei die Branche auf einen ungehinderten und aktiven Marktzugang zur Europäischen Union angewiesen und ebenso auf ein intaktes und stabiles politisches Verhältnis. Ein Alleingang könne für die Schweiz keine Option sein.

In diesem Zusammenhang sprach sich Boris Collardi für eine Reformagenda aus, die der Eigenschaft des Private Banking als Exportbranche Rechnung trage und insbesondere den Zugang zu den Märkten der EU sowie zu den schnell wachsenden Regionen gewährleiste. Um dieses Ziel zu erreichen, gelte es, die folgenden drei Wege einzuschlagen: Abschluss von bilateralen Verträgen mit den wichtigsten EU-Mitgliedstaaten; zweitens müsse sichergestellt werden, dass die hiesigen regulatorischen Bestimmungen, die den europäischen Richtlinien entsprechen würden, von der EU auch als äquivalent anerkannt würden; drittens müsse die Prüfung eines Finanzdienstleistungsabkommens vorangetrieben werden.

Gerade bei den Äquivalenzanforderungen erfülle die Schweiz die Anforderungen der EU. «Jetzt ist die EU am Zug und muss endlich beweisen, dass sie ein verlässlicher Partner ist. Die parallel laufende Verhandlung um den Brexit darf nicht als Ausrede genutzt werden, um künstlich zuzuwarten», sagte Collardi.

Abschliessend zählte Boris Collardi weitere zwingende Reformmassnahmen auf, die ermöglichen könnten, die Wettbewerbsfähigkeit der Vermögensverwaltungsbranche in der Schweiz langfristig zu sichern. So betonte er die Rolle, die das Swiss Finance Institute ausfüllen müsse, um eine erstklassige Ausbildung und Weiterbildung der Bankmitarbeitenden zu garantieren. Ferner wies er auf die Wichtigkeit hin, von «Swiss Finish»-Regulierungen



abzusehen und in Bezug auf die internationalen Standards wie automatischer Informationsaustausch ein «Level Playing Field» sicherzustellen. Ausserdem sollten die Behörden und die Branche den Schweizer Finanzplatz gemeinsam aktiv vermarkten, um dessen gutes Image zu pflegen. Und schliesslich sei eine engere Zusammenarbeit zwischen den Branchenakteuren notwendig – etwa durch einen verstärkten Dialog mit den unabhängigen Vermögensverwaltern.

In Bezug auf die Industrialisierung hob Collardi die Rolle des Finanzmarkt-Infrastrukturbetreibers SIX hervor. Der Einsatz geeigneter technologischer Anwendungen und Dienstleisterlösungen spiele eine zentrale Rolle. Er begrüsse die Schaffung des neuen geschäftlichen Standbeins «Netzwerkservices» der SIX sehr. Er empfahl, dieses Momentum für eine bankenseitige Bündelung der Kräfte zu nutzen.

Yves Mirabaud: «Legalität und Moral nicht verwechseln»

Seit der Finanzkrise 2008 haben sich die regulatorischen Vorschriften im Bank- und Finanzbereich kontinuierlich verschärft. «Zehn Jahre später sehen sich die Finanzplätze mit einer regelrechten Regulierungswelle konfrontiert.» Mirabaud klagte, dass die kleinen und mittelgrossen Vermögensverwaltungsbanken die verstärkte Anwendung der internationalen Standards, die ursprünglich für die Regulierung der systemrelevanten Banken geschaffen worden sei, mit voller Wucht zu spüren bekommen würden. Die Kosten für die Erfüllung der regulatorischen Auflagen hätten sich für diese Institute innert zehn Jahren mehr als verdoppelt. Sie würden erheblich leiden unter der verschärften Anwendung internationaler Standards, die ursprünglich für die systemrelevanten Banken vorgesehen gewesen waren.

Der Präsident der VSPB zeigte sich erfreut über die Absicht der Finma, den regulatorischen Schraubstock für die kleinsten Institute zu lockern. Er forderte aber, den von der Finma vertretenen Grundsatz der Verhältnismässigkeit noch konsequenter umzusetzen, damit die Vielfalt des Bankensektors erhalten bleibe. In der Praxis definiert die Finma nämlich die Aufsichtskategorien auf der Grundlage rein quantitativer Kriterien, beispielsweise anhand der Bilanzsumme oder der verwalteten Vermögen. Hingegen verschliesst sie sich zu oft vor einer differenzierten Beurteilung auf der Basis der Geschäftsmodelle der Banken und der Risiken, die sie tatsächlich darstellen. Würde man dies aber tun, könnten Banken der Kategorie 3, die nur wenige Risiken aufweisen, von gewissen Erleichterungen profitieren.

Yves Mirabaud verwies auf die Anstrengungen der Banken in diesem Bereich. Sein Anliegen: Die ungerechtfertigte Kritik an den Instituten und an ihren Kunden, die übrigens völlig legal juristische Personen nutzen würden, möge aufhören. Seiner Meinung nach dürfen Legalität und Moral nicht verwechselt werden. «Die Einsicht, dass nicht alles gesetzlich Erlaubte auch unbedingt moralisch ist, darf nicht dazu führen, alles unethisch empfundene Verhalten als kriminell einzustufen», erklärte er. Vielmehr plädierte er für Rahmenbedingungen, die den Banken ermöglichen würden, sich in der Schweiz zu entwickeln. Dies sei umso wichtiger, da die gesamte Wirtschaft betroffen sei. Da die VSPB-Mitgliedsbanken mehr Arbeitsplätze im Ausland als in der Schweiz schaffen, gehen für die Schweizer Wirtschaft Löhne in der Höhe von 250 Millionen Franken und für den Fiskus Steuern von 100 Millionen Franken verloren. «Es gilt sicherzustellen, dass es zu einer echten Differenzierung zwischen den systemrelevanten Banken und den übrigen Instituten kommt, um die Vielfalt, die Chancengleichheit und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes zu garantieren», schloss Yves Mirabaud seine Ausführungen.